

Merseburger Correspondent.

Er scheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Abonnementpreis Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Illustriertes Sonntagsblatt mit Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handelsbeilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Heroldsbote,
1,80 Mark durch die Post incl. Bestellgeld.

Nr. 180.

Donnerstag den 3. August.

1905.

Zur Lage in Oesterreich-Ungarn.

Ungarn soll ein neues Wahlrecht erhalten und zwar das gleiche allgemeine Wahlrecht. Das ist der neueste Schachzug, den das Ministerium Fejervary gegen die ungarische Opposition ausgehoben hat. Die Opposition soll würde gemacht werden und nach allem, was von unterrichteter Seite darüber verlautet, ist es leicht möglich, daß sich der Gedanke Fejervarys als ein fruchtbringender erweist und gute Folgen zeitigt.

Plötzlich war, daß vor einigen Tagen der Minister des Innern, Krifffo, eine sozialdemokratische Deputation empfing und dieser gegenüber seine Sympathie für das allgemeine gleiche Wahlrecht unumwunden ausdrückte. Das war ein deutlicher Wind für die vereinigten Oppositionsparteien, die zwar viel Wesens und Rumor von den „nationalen“ ungarischen Forderungen machen, aber daneben nur in ihrem Programm ganz bescheiden eine Reform des bestehenden Wahlrechts verlangt hatten, ohne sich darüber auszusprechen, in welchem Sinne diese Reform erfolgen sollte. Jetzt wird die fokalierte Opposition überrascht durch eine halbamtliche Mitteilung, wonach die Regierung am 15. September nach Wiederzusammentritt des Parlaments einen Gesetzentwurf über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorlegen wird. In oppositionellen Kreisen ist darüber lebhaftes Beunruhigung entstanden. Man sieht, so wird der „Köln. Ztg.“ aus Budapest gemeldet, einerseits ein, daß darin eine mächtige Waffe für die Regierung liegt, andererseits fürchtet man, daß das allgemeine Wahlrecht die Herrschaft der gegenwärtigen Opposition brechen würde. Die Meinung der Opposition hält am 11. August in dieser Angelegenheit eine Beratung ab.

Kein Wunder, daß die Opposition beunruhigt ist durch das Vorgehen der Regierung, das im ungarischen Volke wie eine Bombe einschlagen dürfte. Ueber dem traurigen Gesäht um „nationale Forderungen“, über dem Streit um die ungarische Kommandosprache und ähnlichen Kräfte mehr hatte man ganz vergessen, wie miserabel es mit dem wichtigsten Recht des Volkes, mit dem Wahlrecht in Ungarn bestellt ist. Ungarn besitzt in ganz Europa das elendeste Wahlrecht, wo es unter 17 Millionen Einwohnern nur kaum 1 Million wahlberechtigte Bürger gibt. Zu all den verminderten Bestimmungen über das Wahlrecht kommt dann noch eine ungeheuerliche Wahlkreisgeometrie hinzu, die darauf berechnet ist, möglichst rein magyarische Wahlbezirke zu erzielen. Die Rechte der anderen Nationalitäten wurden brutal mit Füßen getreten. So geschah es, daß z. B. Deutsche und Rumänen in Ungarn, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung bilden, nur sehr schwach oder bis zu den letzten Januarwahlen, wo sich die Rumänen einmal zu energischerer Wahlteilnahme auftraten, gar nicht im Parlament vertreten waren.

Gegen auf dieser spezifisch magyarischen Wahlkreiseinteilung beruht aber auch die Erfolge der vereinigten Oppositionsparteien, deren Haupttätigkeit bei den letzten Wahlen, die ihnen die Mehrheit brachten, ja darin bestand, den ungarischen Chauvinismus bis zur Siebelhöhe gegen Wien aufzocken zu lassen.

Auf das Verhalten der Oppositionspartei gegenüber dem Wahlreformprojekt der Regierung kann man mit Recht gespannt sein. Entweder muß sie es dem „unparlamentarischen“ Kabinett Fejervary gleichsam und auch ihrerseits das allgemeine Stimmrecht verbürgen, und dann hat sie ihre Rolle ausgespielt, denn ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zusammengesetztes Parlament wird von ganz anderen Fragen beherbergt werden, über sie wird an ihrem bisherigen vorläufigen Standpunkt festhalten, und dann wird im Volke ihre Beliebtheit eine starke Einbuße erleiden. Man betrachtet das Parlament jetzt als den „Ausschuß eines Rates mit einer Million Mitglieder“ und wirft ihm mit Recht vor, daß es seine Kräfte in juristischen und haarschräblichen Spielereien erschöpft, während für die Interessen des Volkes höchstens Reden gehalten, aber keine Taten verrichtet werden. Eine

Befestigung dieses Zustandes erwartet das Volk nur von einer gründlichen Reform des Wahlrechts und es befindet sich dabei ohne Zweifel auf dem richtigen Standpunkt.

Russland und Japan.

Vom Kriegsschauplatz telegraphiert General Linewitsch unter dem 31. Juli: In der Front der beiden Armeen ist keine Aenderung eingetreten. Aus Korea wird unter dem 25. Juli berichtet, daß russische Jägerabteilungen gegen den Engpaß von Wusjalong vorrückten, sich aber dann bis Kogungsan zurückzogen, wobei sie vom Feinde bedrängt wurden. Die Japaner, welche die russischen Jäger verfolgten, wurden durch Artilleriefeuer zurückgedrängt.

Ueber Deutschlands Haltung während des Krieges zwischen Russland und Japan hat sich das Mitglied der japanischen Friedenskommission, Sato, geäußert und dabei betont, daß Deutschland stets korrekte Neutralität beobachtet habe.

Zu den Friedensverhandlungen. Der Sprecher der japanischen Friedensmission, Sato, hat zweifelsfrei nach einem Telegramm des „Tag“ die Genauigkeit der Wiedergabe des Gesprächs mit Witte, da seiner Ansicht nach der russische Minister ebenso wie der japanische Delegierte, Baron Komura, nicht als Kurier, sondern als Unterhändler mit weitestgehender Vollmacht innerhalb bestimmter Grenzen kämen und über bedeutende Fragen am Konferenzort entscheiden könnten, ohne den Rat ihrer Regierungen einzuholen. Auf Wittes angeblichen Wunsch, es wäre besser, wenn Japan und Russland vor Entsendung der Delegierten schon die Basis eines Uebereinkommens festgelegt hätten, antwortete er, daß Russland sich darum nicht bemüht habe.

Verteidiger von Port Arthur beim Jaren. 32 verurteilte, ehemalige Verteidiger von Port Arthur, darunter der Matrose, der dem Großfürsten Xyrl das Leben gerettet hatte, sind in Peterhof vom Jaren empfangen und eigenhändig von ihm mit dem Georgienkreuz dekoriert worden.

Politische Uebersicht.

Ihre Teilnahme an der Marokkofonferenz haben nunmehr auch die Regierungen von Kiffahou und Washington dem Sultan von Marokko offiziell angekündigt. Somit haben faktische Mächte, die in Marokko diplomatisch vertreten sind, mit alleiniger Ausnahme von Schweden und Norwegen, die Einladung angenommen. — Privatbesprechungen aus St. Sebastian melden, der deutsche Botschafter in Madrid, v. Radowig, hätte mit dem spanischen Ministerpräsidenten Montero Nios wiederholte Besprechungen über Marokko gehabt und als Ort der Konferenz Madrid vorgeschlagen. Da Deutschland bisher stets Tanger befürwortete, so habe der Vorschlag Ueberaschung hervorgerufen. Von französischer Seite wird insbesondere Haag oder Genf empfohlen. — Von Paris aus werden überhaupt die Bemühungen fortgesetzt, die Schuld an der Verzögerung, die die Ueberredung des von der französischen Regierung in Aussicht gestellten Memorandums erfährt, auf Deutschland zurückzuwälzen. Das Memorandum selbst steht auch heute noch aus.

Gegenüber den Verdächtigungen Deutschlands seitens Pariser Blätter schreibt die „National-Ztg.“, anscheinend offiziell inspiriert: „Die Ausstellungen, wonach der deutsche Botschafter in Madrid, entgegen den Wünschen Frankreichs, die spanische Hauptstadt als Ort der marokkanischen Konferenz vorgeschlagen haben soll oder überhaupt die spanische Regierung zu einer Haltung zu bestimmen suche, die mit der deutsch-französischen Verständigung nicht im Einklang stehe, sind durchaus grundlos und widersprechen ebenso den tatsächlichen Verhältnissen, wie die anderen in den letzten Tagen in auswärtigen Blättern gegen das Verhalten der deutschen Diplomatie erhobenen

Vorwürfe. Es ist schwer zu verstehen, weshalb in einer Frage, in der beide Regierungen: die deutsche und die französische befreit sind, alle Meinungsverschiedenheiten durch ein freundschaftliches Einvernehmen auszugleichen, gerade Pariser Blätter, insbesondere solche, denen Beziehungen zur französischen Regierung zugeschrieben werden, immer wieder mit falschen Behauptungen über angebliche Schritte der deutschen Regierung auftraten. Was die vielerörterten wirtschaftlichen Konzeptionen in Marokko betrifft, so hat nur die hinsichtlich gewisser Hafenbauten im Hafen von Tanger eine tatsächliche Grundlage. Diese Angelegenheit wurde inoffiziell bereits vor dem deutsch-französischen Abkommen in freier Konkurrenz von mehreren Staaten betrieben. Niemand figurierte diese Angelegenheit unter den Forderungen der deutschen Politik, wie sie denn auch eines jeden politischen Charakters entbehrt. Seit der deutsch-französischen Verständigung hat man sich deutscherseits, um die Empfindlichkeiten Frankreichs zu schonen, von dem Betreiben anderer wirtschaftlicher Zugeständnisse in Marokko absichtlich ferngehalten. — Als Gericht tritt der „Kemp“ auch mit, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Roosevelt, zwischen Frankreich und Deutschland interveniert habe, um eine akute Krise zu verhindern. Diese Meldung ist schon deshalb falsch, weil es in den bezüglichen Verhandlungen überhaupt keine Krise gegeben hat, geschweige denn eine akute.

Oesterreich-Ungarn. Die Nachricht vom Zwischenfall an der österreichisch-italienischen Grenze, wo mandovriente Troter Kaiserjäger von italienischen Alpenjägern mit Muffen „Abasso l'Austria!“ empfangen und feindseligkeiten nur durch Eingreifen der Offiziere verhindert worden sein sollen, ist, nach einem Telegramm des „Berl. Tagebl.“, falsch. Der nach Meran zurückgekehrte Kommandant dieser Kaiserjägertruppe erklärt, überhaupt keine italienischen Alpenjäger gesehen und feinerlei feindselige Demonstrationen oder Aufse bemerkt zu haben.

Italien. In der italienischen Kammer kam es am Freitag am Schluß der Sitzung zu einer heftigen Szene. Der konservativ-sterilste Abgeordnete Santini beantragte, Sonnabend, am 3. August Humberts I., einen Kranz an der Brust niederzulegen, als Ehrfurchtsbezeugung „der ganzen Kammer“. Die meisten Worten fiel ihm Genosse Montemartini in die Rede: „der ganzen Kammer nicht“. Es entstand darauf ein großer Lärm; die bürgerlichen Abgeordneten protestierten gegen die äußerste Anse, auf deren Bänken die Sozialisten und Republikaner sich erhoben und mit ihrem: „Nein, nicht der ganzen Kammer!“ den Protest überließen. Als der Präsident Maccora, der sich mit Mühe Gehör schaffte, auch von einer „einmütigen Trauerkundgebung“ sprach, wurde die Unruhe größer. Die Konservativen und Liberalen riefen: „Es lebe der König!“ Die Sozialisten und Republikaner antworteten: „Es lebe die Republik!“ Unter dem furchtbaren Lärm wurde endlich um 8 Uhr 20 Min. die Sitzung aufgehoben.

Rußland. Der Streik der Arbeiter der Mafikawass-Eisenbahn dauert auf der ganzen Linie fort. Die Ausständigen halten die Züge nach Nowos am Don an; dort stockt der Handel völlig und man befürchtet ernste Unruhen.

England. Die Fahrt des englischen Kanalgewäders nach der Dfsee ist, wie die „Times“ schreibt, von der Admiralität in London schon vor mehreren Monaten beschlossen worden. Sie hat nichts Ungewöhnliches und außerordentliches an sich, und sie hat nicht mehr internationale Bedeutung, als der vorjährige Besuch des deutschen Geschwaders in Portsmouth; es handelt sich um eine reguläre Sommer-Kreuzfahrt.

Schweden und Norwegen. Sehr bemerkenswert ist, so wird der „Bosf. Ztg.“ aus Christiania geschrieben, die Art, wie die norwegische Regierung ihren, dem Störching vorgelegten Vorschlag, eine

Vollsabstimmung über die Auflösung der Union zu veranlassen, begründete. Es geht daraus hervor, daß die Regierung von dem Wunsche befreit ist, keinen Zweifel darüber bestehen zu lassen, daß das Volk die am 7. Juni getroffene Entscheidung des Stortings durchaus billigt. „Außerhalb Norwegens, heißt es in der Begründung, „hat man inoffen versucht, in Zweifel zu ziehen, daß das Volk diese Entschluß teil. Es ist anzunehmen, daß diese Zweifel auch den in Schweden geäußerten Wünschen, eine weitere Ausprägung des norwegischen Volkswillens herbeizuführen, zugrunde liegen. Dies kommt besonders in dem vom schwedischen Sonderauschuß gestellten Antrag und in den insofgeheßen vom Reichstag gefaßten Beschlüssen zum Ausdruck. Die Regierung will sich im Augenblick nicht näher auf die schwedischen Bedingungen oder die dafür geltend gemachten Voraussetzungen einlassen, aber sie ist der Ansicht, daß die ausgetauchten Zweifel möglichst schnell durch eine Vollsabstimmung beseitigt werden müssen. Die Behauptung, daß Stimmungsverschiedenheiten im norwegischen Volke bestehen, könnte in Ländern, wo man die wirkliche Stimmung Norwegens nicht kennt, die Regelung der Verhältnisse Norwegens mit der Aufmerksamkeit erschweren und verzögern. Eine freie Vollsabstimmung über die Frage, u. i. die sich die Zweifel drehen, wird auch den fernstehenden volle Klarheit bringen und die Wirklungen der irtümlichen Auffassungen, die sich im Ausland geltend gemacht haben, aufheben.“

Zürkei. Aus Magdebonien meldet ein Belgrader Telegramm: In den letzten Tagen sind drei angesehene Serben in Magdebonien Genanntaten zum Djefer gefallen. Am Sonntag wurden auf dem Wege von Udrina nach Bena in Monarchi Manas Bojnovic, der Vertreter des orthodoxen Metropolitens, und der Gemeindevorsteher aus Dolenci, Kaza Rischewo, ermordet. Vor drei Tagen wurde Georg Drefalowitz, der Metropolitenerverer in Maleich Kossowo, getötet. Die Nachricht von diesen Gräueltaten, die von bulgarischen Komitassisten veröffentlicht worden, rief in allen Kreisen Belgrads große Aufregung hervor. — Der Präsident des montenegrinischen Staatsrats Bojo Petrovitch ist nach Bena an der türkisch-montenegrinischen Grenze abgereist. Er trifft mit dem Wali von Kossowo zusammen, um die Ursachen der häufigen Konflikte bei der Grenzbevölkerung festzustellen und die geeigneten Maßnahmen zu fuhdieren, wie die Ruhe und Ordnung an der Grenze hergestellt werden könne. — Der Pforte hat der österreichische Votschafster namens der sechs Großmächte in Sachen der magdebonischen Finanzreform eine Kollektionnote überreicht, worin die schleunige Annahme der in der ersten Kollektionnote über denselben Gegenstand enthaltenen Forderungen verlangt wird. — Marshall Feiffi Bachka, der Kommandant der gesamten Streiftruppe in Yemen, ist zum interimistischen Wali von Yemen ernannt worden. — Am Zusammenhang mit dem Bombenanschlag in Konstantinopel sind eine Reihe weiterer Verhaftungen vorgenommen worden. Am Sonntag wurde ein Franzose verhaftet. Da eine Hanssuchung bei ihm erfolglos war, verlangt das französische Konsulat seine Freilassung. Im Gehäude des bulgarischen Erarschats ist ebenfalls nach Baxieren Hanssuchung gehalten worden. Das Erarschat hat wegen dieses Vorgehens Einspruch erhoben. Auch eine angesehene österreichische Firma in Konstantinopel wurde durch eine Hanssuchung belästigt. Dieselbe hat beim österreichischen Votschafster Beschwerde erhoben.

Niederländisch-Indien. Ueber die Landung der niederländischen Truppen wird aus Bona amtlich gemeldet: Unter der Deckung des Geschützfeuers landeten 7 bewaffnete Dampfschiffe und größere Fahrzeuge am 28. Juli bei Bena (nördlich von Baidjowa) Truppen. Sämtliche Befestigungen von Bena wurden im Sturm genommen. Der Feind wurde zurückgeschlagen und ließ 256 Tote und 9 Verwundete zurück. Die Truppen biswärtigen zwischen Bena und Baidjowa; die Landung wird fortgesetzt.

Marekko. In Langer geht das Gerücht, die marokkanischen Regierungstruppen hätten bei Wadscha eine ernste Niederlage erlitten.

Nordamerika. Aus New York berichtet „Neuter“: Der Attorney General des Staates New York reichte 14 Konto-Klagen gegen frühere Beamte und Direktoren der New Yorker „Quintable“ ein.

Deutschland.

Berlin, 2. Aug. Aus Kopenhagen wird berichtet: Kaiser Wilhelm und König Christian, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Dänemark, Prinz Waldemar und die Prinzessin Marie sowie andere Mitglieder der königlichen Familie machten am Dienstag eine Spazierfahrt nach der Gremmitage, wo das Frühbad eingenommen wurde. Nach dem Frühstück fuhren der Kaiser und König Christian mit

einigen Mitgliedern der königlichen Familie über Skoddeborg nach Schloß Bernstorff zurück. Nachmittags um 7 Uhr fand auf Schloß Bernstorff Festlauf beim König statt, an der der deutsche Kaiser, sämtliche Mitglieder der königlichen Familie, das kaiserliche Gefolge und der deutsche Gesandte teilnahmen. Nach Beendigung der Lauf fuhren der König mit dem Kaiser und den übrigen Herrschaften nach Schloß Charlottenlund, wo beim kronprinzlichen Paare Abendgesellschaft stattfand. Zu dieser waren der Minister des Aeußeren, die deutschen Schiffskommandanten und die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft eingeladen.

(Zum Besuch Kaiser Wilhelms) in Kopenhagen schreibt das dänische Regierungsblatt „Köbenhavn“: „Der Besuch des Deutschen Kaisers beim dänischen Hofe ist natürlich, allein schon infolge der nahen Verwandtschaft, welche das jüngere Geschlecht des dänischen und des deutschen Fürstenhauses verbindet. Wenn der Kaiser dadurch, daß er in der Hauptstadt selbst an Land geht, anzeigen wollte, daß sein freundschaftlicher Besuch auch dem dänischen Volke gelten soll, so kann uns dies freuen. Die dänische Hauptstadt wird Kaiser Wilhelm II. auch als Oberhaupt des Deutschen Reiches im Besonderen bieten, welches ihm zeigen wird, daß er ein Land besucht, welches — freundlich gesinnt gegen alle Mächte — wünscht, in dem besten und nachbarschaftlichsten Verhältnis zu Deutschland zu stehen.“

(Gegen den Schulausgang) haben ebenso wie schon eine größere Zahl von Lehrerverbänden nunmehr auch die ostpreussischen Lehrer Einspruch erhoben. Mit einer einzigen Ausnahme haben alle Zweigvereine Hinweisens einer Erklärung zugestimmt, die nach der „Bav. Zig.“ den Einspruch folgendermaßen begründet: Der Vorstand des ostpreussischen Provinzial-Lehrervereins steht auf dem Boden des Beschlusses, den der Vorstand des Preussischen Lehrervereins am 23. Mai 1904 faßte. Er hält zwar die gesetzliche Regelung der Schulerhaltungspflicht und die Revision des Lehrerbefolgungsgebietes für dringend erforderlich, erklärt sich aber entschieden gegen eine gesetzliche Festlegung der Konfessionalität der Volksschule aus nationalen, pädagogischen, schulorganisatorischen und finanziellen Gründen: a) aus nationalen Gründen, weil durch jene Festlegung das deutsche Volk dauernd in zwei gegnerische Heerlager zerklüftet würde; b) aus pädagogischen Gründen, weil dadurch die Erziehung der Schüler zur Toleranz und wahren Nächstenliebe gehindert, sowie ihre intellektuelle Ausbildung eingeschränkt würde (Zweigschulen); c) aus schulorganisatorischen Gründen, weil dann auch die konfessionelle Schulaufsicht festgelegt und die allgemeine Fachaufsicht in weite Ferne gerückt werden würde; d) aus finanziellen Gründen, weil dann in gemischt-konfessionellen Gegenden die Gemeinden durch den Unterhalt von mehr Schulkörpern, als aus pädagogischen Rücksichten erforderlich gewesen wären, zu erhöhten Schulbeiträgen gezwungen würden und daher eine durchgreifende Aufbesserung der Lehrergälter hinausgehalten werden würde.

(Eine herbe Enttäuschung) ist den Jänkern widerfahren, und die „Staatsbürger-Zig.“ stimmt darüber ein großes Lamanto an. Der ca. 50000 Mitglieder umfassende Zentralverband der Väterkennungen, „Germania“, den das genannte Blatt selbst als „einen der größten und ältesten Innungsverbände“ bezeichnet, hat sich in einem, der demnächst in München stattfindenden Generalsversammlung zu unterbreitenden Anträge in schärfer Weise gegen den Befähigungsnachweis ausgesprochen. Der Antrag erklärt, „die Einführung eines allgemeinen Befähigungsnachweises für das Handwerk mit dem heutigen technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht vereinbar.“ Es wird der dringende Wunsch ausgesprochen, „daß diese Forderung — zumal da dieselbe aussichtslos ist — von den Tagesordnungen der Handwerksvereinigungen endlich verschoben, damit nicht ferner, wie geschehen, andere dringende erfüllbare Forderungen zur Hebung des Handwerks darunter leiden.“ Das ist in aller Form eine Abgabe an die Mittelstandsretter der „Staatsbürger-Zig.“

(Russische und österreichische Arbeiter polnischer Nationalität) dürfen nach einer förmlichen preussischen Regierungspräsidenten zugesagten Verfügung des Ministers des Innern im preussischen Industriebezirk nicht mehr beschäftigt werden. Für die Landwirtschaft denkt man natürlich nicht an ein entsprechendes Verbot, im Gegenteil scheint man amtlich dahin wirken zu wollen, daß die aus der Industrie vertriebenen fremden Arbeiter sich der Landwirtschaft zuwenden. So erhielten einige Spanbauer Maurermeister, welche ausländische polnische Arbeiter beschäftigten, die Anweisung, diese sofort zu entlassen. Den Arbeitern — so wird dem „Anz. f. Hd.“ berichtet — wurde gleichzeitig aufgegeben, sich binnen zwei Wochen eine neue Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben

zu suchen, widrigenfalls sie ihre Ausweisung aus dem Reichsgebiet zu erwarten hätten. — Merkwürdig, in der Industrie bilden die polnischen Arbeiter eine Gefahr, die Landwirtschaft aber kann sie getrost beschäftigen, ohne daß Deutschland Schaden lute an seinen „nationalen“ Gütern!

(Den Klassenkampf bis aufs Messer) empfahl auf dem 12. Gewerkschaftsfest in Leipzig am Montag der Reichstagsabg. Ernst Grenz. Seiner Forderung entnehmen wir aus dem Bericht der „Leipz. Volkszig.“ folgende Stellen: „Nein, es ist nicht wahr, daß der Klassenkampf mildere Formen angenommen hat, als etwa vor 20 Jahren. Wir kennen das Bürgertum ganz genug, und es ist notwendig, immer wieder auf die Verbrecher hinzuweisen, die es seit jeher an der Arbeiterschaft bezugnehmend hat.“ Der Redner geht hierauf näher auf die Entwicklung des Bürgerturns ein und hebt hervor, daß es in den 30er und 40er Jahren genau so wie wir heute, um seine Anerkennung habe kämpfen müssen, freilich mit Unterstützung der Arbeiter, die ihr Blut, mit für seine Interessen vergossen, nachher von ihm aber zurückgezogen worden seien. Eine Ausföhnung mit dem Bürgerturn sei undenkbar, denn eine ganze Welt trenne uns von ihm. „Die Auseinandersetzung mit den herrschenden Genossen werden und müsse kommen, wenn sich auch Rebel über den Zeitpunkt dieser Auseinandersetzung geirrt. Die Zeit der Barrikadenkämpfe sei vorbei, deshalb müßten wir andere Kampfmittel studieren, und wenn die Zeit gekommen sei werde, werden sich uns diese Kampfmittel, der politische Massenstreik, von selbst aufdrängen. Die Sozialdemokratie sei eine Macht, die man fürchte, mit der man rechnen müsse, und wenn ein Weltbrand trotz ihres Einspruchs heraufbeschworen werde, so würden wir die Früchte ernten. Das wisse man oben sehr genau.“

(Ein sozialdemokratischer Stadtvorordneter) hat in der Stadtvorordneterversammlung zu Aken a. M., als es sich um die Beschlußfassung für das als Gedächtnisfeier des Sontagstages geltende Schul- und Kinderfest handelte, geäußert, in seinen Augen sei Sedan nur ein Tag des Werdens, ein Tag, an dem unglücklichen Menschen die Kalbtaunen (i) aus dem Leibe gerissen seien; die Feier solcher Tage bedeute das Feiern von Wörtern; im übrigen reize man durch derartige Feiern Frankreich.

Volkswirtschaftliches.

(Die Hauptergebnisse der Viehzählung im Deutschen Reich vom 1. Dezember 1904 werden im „Reichsanz.“ am Sonntag von kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlicht. Danach stieg die Zahl der Pferde im gesamten Reich von 1900 bis 1904 von 4 195 361 auf 4 267 403, also insgesamt um 72 042; die Zahl des Rindviehs stieg von 18 939 692 auf 19 331 568, also um 391 876; die Zahl der Schafe ging zurück von 6 692 501 790 173, also um 1 785 328; die Zahl der Schweine vermehrte sich von 16 807 014 auf 18 920 666, also um 2 113 652; die Zahl der Ziegen vermehrte sich von 3 266 997 auf 3 329 881, also um 62 884.

(Weinvertrieb der Offizierkasinos. Seit langem wurde in den Kreisen der Weinbändler über den zunehmenden Weinhandel der Offizierkasinos lebhaft geklagt. Der Wettbewerb dieser Anstalten wird schon an sich deshalb sehr empfindlich und drückend wirken, weil er sich unter außerordentlich günstigen Verhältnissen vollzieht, indem die Militärkasinos mit Weinen, Köbnen, Gebältern, Steuern und andern Geschäftskosten nicht oder nur in sehr geringem Umfang zu rechnen haben, vor dem berufsmäßigen Handel dadurch also einen erheblichen Vorprung besitzen. Besonders in dem Fall wird dieser Wettbewerb ein Anlaß zur Unzufriedenheit, wenn der Vertrieb der Weine über den Kreis der Angehörigen des Offizierkasinos hinausgeht, also ein förmliches Weingeschäft betrieben wird. Das dies in der Tat stattfindet, beweist der Umstand, daß Offizierkasinos in den Listen der gewerbesteuerpflichtigen Betriebe aufgeführt sind. Eine solche handelsgewerbliche Tätigkeit wird aber mit Recht als unvereinbar mit der beruflichen wie mit der sozialen Stellung der Offizierkasinos und auch mit den eigentlichen Zwecken der Offizierkasinos empfunden. Um eine Beseitigung dieses Mißstandes herbeizuführen, wandte sich die Handelskammer zu Trier, wie sie in ihrem soeben erschiebenden Jahresbericht für 1904 mitteilt, beschwerdeführend an den Kriegsminister, und zwar mit erfreulichem Erfolge. Der Kriegsminister erwiderte, daß im Sinne der Eingabe der Trierischen Handelskammer, deren Vorgehen durch besondere Eingaben der Handelskammern von Coblenz und Bingen noch Unterstützung gefunden hatte, bereits durch Erlass vom 21. April 1890 an die Generalkommandos verfügt und nunmehr Veranlassung genommen worden sei, diesen Erlass in Erinnerung zu bringen. Der Kriegsminister nahm auch in der Sitzung des Reichstages vom 23. März

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.
Todesanzeige.

Am 1. d. M. verchied nach kurzen schweren Leiden unser lieber Vater, Bruder, Schwieger-vater und Großvater, der Gartenarbeiter

Karl Hoffmann.

im Alter von 70 Jahren. Um stille Teilnahme bitten die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Burgstr. 13 aus statt.

Dau f.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen legen wir hierdurch Allen unseren innigsten Dank.

Merseburg, den 1. August 1905.
Familie **B. Schinke.**

Bekanntmachung,
betr. Sühneleistung bei Waldbränden.

Mit Anlaß von Spezialfällen verweise ich auf die Verordnung im § 44, Ziffer 4 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (Gesetz-Sammlung S. 230). Diese Vorschrift lautet:

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 360, Nr. 10 des Strafgesetzbuchs, bei Waldbränden, von der Polizeibehörde, dem Ortsvorsteher oder deren Stellvertreter oder dem Forstbesitzer oder Forstbeamten zur Hilfe aufgefordert, keine Hilfe leistet, obgleich er der Auf-forderung ohne erhebliche eigene Nachtheile nachkommen konnte.

Merseburg, den 21. Juli 1905.
Der königliche Regierungs-Präsident.
J. B. v. Tarpitz.

Kgl. Lotterie-Einnahme.

Die Erneuerung der Lose zur 2. Kl. 213. Lotterie muß bis 7. August erfolgen.

Kauflose 1/4 a 20, 1/2 a 40, 1/4 a 80 Mk. noch vorrätig.

Hauptgewinne 2 Klöße: 100 000 Mk., 50 000 Mk., 30 000 Mk., 15 000 Mk., 10 000 Mk.

Curze.

Ein besserer Rinderwagen, fast wie neu, ist billig zu verkaufen.

Grünestraße 5 11.

Der Laden Landkinderstraße 18

ist sofort oder 1. Oktober zu beziehen.

F. Nagel.

Krautstrasse Nr II

Barriere-Wohnung, Preis 200 Mk., an ruhige Leute sofort zu vermieten und am 1. Oktober oder früher zu beziehen.

Manfarden-Wohnung

sofort zu vermieten und 1. Juli zu beziehen. Preis 70 Taler.

Peege. Weiße Mauer 23.

Freundliche Wohnung

von 1 Zim., 2 Kammern, Küche, Keller, Boden-kammer nebst Zubehör (neu hergerichtet) an ruhige Leute zu vermieten und sofort oder später zu beziehen. Wo? sagt die Exped. v. Bl.

Eine Wohnung, best. aus 2 Zim., Kammer nebst Zubehör, zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen. Näheres **Kennwart 38.**

Eine Wohnung, von zweien die Wahl, ist an ruhige Leute per 1. Oktober zu vermieten.

Zu erfragen im Laden **Gothardstr. 37.**

Die kleinere Hälfte der 2. Etage sofort zu beziehen **Markt 23.**

Weißenseiferstraße 7

Barriere-Wohnung mit 3 Zimmern, Kammer, Küche und Zubehör zum 1. Oktober er. beziehbar.

Paul Litzkendorf.

Holzhandlung.

Wohnung zu vermieten und kann sofort oder später bezogen werden **Wühberg 10.**

Möblierte Wohn- und Schlafzimmer

zu vermieten **Oberburgstr. 4, 1 Tr.**

Schuhe und Stiefeln

(neue und abgetragene)

kauft stets zu höchsten Preisen.

Louis Albrecht.

Ziehung 16. August.

Gnesen. Pferde-Lose

1 Mk. 11 Lose 10 Mk.

2550 Gewinne i. W. von

70000 Mk.

hiervon 4 bespannte Equipagen mit zus. 10 Pferden

16500 Mk.

ferner noch 55 einz. Reit- u. Wagenpferde

40000 Mk.

Lose zu haben bei den

Kgl. Lotterie-Einnehmern

u. allen bekannten Verkaufsstellen.

Zum Hause Entenplan 2 ist ein
Laden mit Wohnung,
Lagerraum u. Pferdestall zusammen und auch getrennt
zum 1. Oktober zu vermieten. Gest. Anfragen erbittet
August Perl, Insb. Paul Ehlert.

Petroleumkannen
Eid. —,30, —,48, —,60, —,75, 1,45, 1,95 Mk.

Kaffeemühlen
Eid. —,95, 1,15, 1,35, 1,90, 2,40 bis 3,85 Mk.

C. F. Ritter, Halle a. S., Leipzigstr. 90.
Größtes Spezial-Geschäft für Galanterie- u. Spielwaren.

SOLO in Carton

Feinste Delicaless-Margarine
Einziger Butter-Ersatz.



Der Räumungs-Verkauf
in meiner Filiale **Dom Nr. 5**
dauert nur noch bis Mitte August.
August Perl, Dom 5.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Jeden Posten Birnen: Geschäftsverlegung.
Muskat a Ztr. Mk. 12,—
Rettich " " " 10,—
und andere Sorten
kauft zu höchsten Preisen
Gustav Hartung, Molltestr. 2.

Den geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend zur Kenntnis, daß ich meine
Bausschlächterei
von Oberbreitestr. 15a nach
Schmalestraße 7
verlegt habe und bitte um weitere gütige Unterstützung. Ich führe meine Ware nach wie vor in be-kannter Güte.
Der Verkauf beginnt
Sonnabend den 5. d. M.
Hochachtungsvoll
C. Grosse.
Reineclanden
zum Einmachen empfohlen
Menschauer Mühle.
Tüchtiger Vorarbeiter
für Manometerbau gesucht. Derselbe muß im Stande sein, die Manometer von Grund auf herzustellen und zu instaurieren. Höher Lohn bei vollständiger freier Leistung der Werkstätte.
E. Engel, Gesellschaft m. b. H., Gifenaß.

Butterkühler ohne Eis
Neubelt! Butterkühler ohne Eis

empfehlen
August Perl, Insb. Paul Ehlert.

Bero-Margarine
ist die Beste, bräunt, schäumt und buftet wie beste Butterbutter und ergibt dieselbe voll-ständig. Stets frisch zu haben bei:
Bernh. Fritsch Nachf., Insb. Otto Albert.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Von der Reise zurück.
Sprechstund.: 1/2 II - 1/2 I Uhr.
Dr. Henze, homöopath. Arzt, Halle a. S.

Zivoli-Theater.
Freitag den 4. August 1905.
Ludwig Fulda's neuestes Werk!
Zum ersten Male:
Maskerade.

Schauspiel in 4 Akten von L. Fulda.

Personen:
May Freiherr von Wittinghof J. Steffan.
Geleitler a. D. M. Hüpfier.
Karl Freiherr von Wittinghof Staatsminister, sein Bruder.
Schellhorn, Oheim der Oberregierungsrat Karl Stark.
Johanna, seine Frau G. Gehring.
Edmund, ihr Sohn A. Schmitz.
Regierungsrath Herr von Zänning, Adv. J. Hüpfier.
Johanna's Schwester Toni Müllers.
Gerda Hüfner A. Rüdard.
Frau Schwalb, Vermieterin D. Knaut.
Heinrich, Kanzleisekretär A. Janda.
Minna, Dienstmädchen A. Gert.
Friedrich, Diener.

Die Handlung spielt in Berlin, an vier aufeinander folgenden Februartagen.
Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Jugend-Billets haben zu dieser Premiere ohne Zuschlag Gültigkeit.

Merseburger Landwehrverein.
Der Kameraden zur Nachricht, daß unser langjähriges Vereinsmitglied, der Kamerad **Karl Hoffmann**, in der Königl. Klinik zu Halle gestorben ist. Zur Beerdigung tritt der Verein Freitag den 4. August nachmittags 1/2 3 Uhr, vor der Wohnung des Herrn Direktors, Dom Nr. 16, an.
Das Direktorium.

Ehem. Garde.
Donnerstag den 3. August
Monatsversammlung
in der „Reichskrone“

Reichskrone.
Donnerstag den 3. August 1905
Grosses

Extra-Militärkonzert
ausgeführt vom
Musikkorps des Königl. bayerischen
2. Feld-Artillerie-Regiments
(Garnison Würzburg).
Musikdirigent: **Lindemann.**
Billets im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann
Reinbert 40 Ftg., an der Wendeltal 50 Ftg.
Durchaus zuverlässiger u. in gleicher Stellung
bereits tätig gewesener
Packer
für dauernd gesucht.
F. E. Wirth & Sohn.

Für mein Posamenten- und Zu-behör-Geschäft suche ich der sofort od. 1. Sept. ein gewandtes junges Mädchen aus besserer Familie als
Verwende oder Verkäuferin.
G. Hoffmann, Merseburg.

Ich suche per 15. August er. einen jüngeren
Schreiber.
Tauchtitz, Gerichtsvollzieher.

Einen ordentlichen Arbeiter
sucht bei dauernder Beschäftigung
H. Weinstein, Wollendorf.

Tüchtige erste Bugarbeiterin
gesucht. **A. Koppmann, Burgstr. 8 I.**

Aelteres zuverlässiges Dienstmädchen, in allen Haus-messen kann, wird bei hohem Lohn gesucht.
Röschen Nr. 43.

Junges kühneres
Dienstmädchen
per 15. August oder 1. September gesucht
ar. Ritterstraße 15.

Ein zuverlässiges Mädchen wird für die Nach-mittage als **Aufwartung** gesucht
Geblude 9 I.
Hierzu eine Beilage.

Deutsch-Südwestafrika.

Ueber die Lage in Südwestafrika macht das Auswärtige Amt folgende Mitteilungen: Die Nachrichten über Hendrik Witboi haben sich in den letzten Wochen widersprochen. Noch am 5. Juli meldete Generalleutnant von Trotha, das nach Angabe des Majors von Ghorff Hendrik Witboi sich mit einem ansehnlichen Anhang, gut bewaffnet und ausgerüstet, auf englischem Gebiet bei Rehututu befindet, in der Absicht, bei Beginn der Regenzeit in deutsches Gebiet einzufallen. Wenige Tage darauf lief die Nachricht eines Agenten ein, Hendrik sei in vier Kolonnen im Anmarsch gegen die Linie Kees-Kirri (nördlich Haurur), um sich mit dem nach dem Nordostrand der großen Karasberge geflüchteten Morenga zu vereinigen. Hierfür wurden die bei Ausbruch entbehrlichen Truppen unter Major v. Ghorff bei Daberas und Befehl verlammt und Haurur stark besetzt. Die Aufklärung dieser Truppen bestätigte die Agentennachricht nicht, hingegen wurde festgestellt, daß in den letzten Wochen in der Gegend von Gibson und Daberas mehrfach kleinere Banden von Ost nach West durchgezogen waren. Auch die Patrouillen von Gibson und Maltahöhe meldeten stärkere Hottentotten-Ansammlungen in den Felschluchten des Hubup. Es wurde hierauf die Befugung von Gibson verstärkt und die 5. Kompanie Feld-Regiments Nr. 2 sowie die Halbatterie Winnefeld von Aminuis nach Stamprfontein herangezogen. Allmählich mehrten sich die Anzeichen, daß Teile der Witbois in kleinen Banden den Luob nach Westen zu überschritten. Einzelne Trupps zeigten sich bei Mutorob und am unteren Hubup, auch wollten treu gebliebene Verbe-Leute Hendrik Witboi und seiner Unterleutnant Samuel Isaal in eigener Person am Hubup und in der Nautilus gesehen haben. Endlich wurde am 20. Juli bei Ses-Kamelbaum 30 Kilometer nördlich Gibson eine Verpflegungskolonie von 5 Wägen durch eine 150 Mann starke Hottentottenbande überfallen und geplündert. Jetzt meldet Generalleutnant von Trotha, daß nach zuverlässigen Nachrichten Hendrik Witboi und Samuel Isaal nach dem Hubup-River gelangt waren. Sie sollen sich neuerdings nach dem südlich davon gelegenen Keilub-River gezogen haben. Der General wird nach erfolgter Befestigung dieser Nachricht alle verfügbaren Kräfte zum Angriff einsetzen. Gegen Cornelius wurde nach dem Befehle bei Keibonus am 27. Juni die Verfolgung den Felsflügel abwärts und Drangefluß aufwärts fortgesetzt. Es fanden wiederholt Zusammenstöße mit dem Abzug seiner Werten dekad. in Geger statt und mußten die feindlichen Stellungen zum Teil mit dem Bajonett gestürmt werden. Der Feind hatte beträchtliche Verluste an Kriegseulen, Pferden und Vieh, seine durch wilde Felschluchten führende Rückzugstrasse zeichneten liegende gebliebene Hottentottenleichen, Rabauer geschlachteter Kinder sowie zurückgebliebenes Jungvieh. Schwächeren Hottentottenbanden gelang es, hier und da nördlich des Drangeflusses deutsche Verpflegungs-transporte anzugreifen. Die Verpflegung der im Süden stehenden Truppen wird durch diese Unstetigkeit der Zufuhr beeinträchtigt.

Was die englische Kapkolonie verdient durch die Ankaufe der deutschen Verwaltung infolge des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika, darüber veröffentlicht ein in East London in der Kapkolonie erscheinendes englisches Blatt unter der bezeichnenden Überschrift: „One man's poison, another man's bread“ (des einen Gift, des andern Brot) folgende Angaben. In den 11 Monaten, die mit dem 31. Mai 1905 endigen, sind gegenüber den entsprechenden 11 Monaten des Vorjahres ausgeführt worden: Maaisel und Getreide im Werte von 457 132 Pfd. gegen 5085 Pfd., Ochsen für 412 242 Pfd. gegen 3095 Pfd., Wagen für 96 898 Pfd. gegen 6445 Pfd., Heu und Futtermittel für 35 917 Pfd. gegen 450 Pfd., Leder und Sattlerarbeiten für 69 802 Pfd. gegen 1063 Pfd., Pferde für 45 950 Pfd. gegen 7260 Pfd. Danach ist die Ausfuhr der Kapkolonie an eigenen Erzeugnissen seit Ausbruch der südafrikanischen Kriege für einen elfmonatigen Zeitraum von 29 398 Pfd. auf 1 171 911 Pfd. gestiegen, also um über 20 Millionen Mark.

Provinz und Umgegend.

Halle, 1. Aug. Der Stadthauptkassenrentant Achilles hat aus Anlaß seines heutigen 25-jährigen Dienstjubiläums den Titel „Stadt-Kentmeister“ erhalten, eine bisher hier noch nicht übliche Bezeichnung. Die Selbstmörder mehrten sich hier wieder in ganz erheblicher Weise. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht ein solcher oder ein Selbstmörderverfuch zu melden ist. Namentlich sind es junge Leute, die aus geringfügiger Ursache aus dem Leben scheiden.

So gestern wieder einer, der jugendliche Former Junghans von hier, der ganz in der Nähe der Wohnung seiner Eltern den Tod im Mühlgraben suchte und fand.

Halle, 2. Aug. In unserem Oberbürgermeisterposten, der mit 15 000 Mk. Gehalt und 3000 Mk. Repräsentationsgeldern dotiert ist, haben sich bis zum gestrigen Tage als dem Schlußtermin 41 Bewerber gemeldet, zumeist Erste Bürgermeister aus mittleren Städten, aber auch Großstädten sind Bewerber darunter. — Aus der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Nietleben sind wieder zwei geisteskrante Personen entwichen. Näheres ist noch nicht bekannt geworden.

S. Wengelsdorf, 31. Juli. Mit dem Bau unseres Pfarrhauses, eines Geschenk des Herrn Kommerzienrates Schlägel in Halle an die Gemeinde, wird demnächst begonnen werden. Ein günstiger Bauplatz ist in Gehalt eines Morgens Acker dem Herrn Kanogrod abgetauft worden. Die Pläne sind fertig und nachdem das Kgl. Konsistorium erklärt hat, daß von Aufschubwegen gegen dieselben nichts einzuwenden ist, zu welchem Zwecke ein Konsistorialrat aus Magdeburg hier war, wird sofort mit dem Bau vorgegangen werden. Die Ausführung desselben ist dem Herrn Maurermeister Anader in Keufberg übertragen worden. Die Kosten werden sich auf ungefähr 20 000 Mk. belaufen. Der Rohbau soll noch in diesem Jahre fertig gestellt werden. — Die Pflasterung des Weges nach dem Bahnhofs ist in diesen Tagen vollendet worden. Die Regulierung des Banketts wird nun hoffentlich auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Wohlthat des neuen Weges wird bei dem Einfahren bereits jetzt von vielen Besuchern dankbar empfunden.

Gisleben, 2. Aug. Gestern morgen gegen 9 Uhr wurde der Invalide Karl Ringleb von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus starb.

Dessau, 2. Aug. Der 17-jährige Sohn eines Angestellten des Fuhrherrn L. wurde am Sonntag früh beauftragt, ein Pferd in die Scheune zu führen. Dort verlor das Tier in einem sogenannten Kessel den Grund unter den Füßen, der junge Mensch klammerte sich krampfhaft an den Hals des Pferdes, wodurch es diesem unmöglich gemacht wurde, wieder festen Boden zu gewinnen. Führer und Pferd ertranken, ehe Hilfe gebracht werden konnte.

Salzungen, 2. Aug. Im Bergwerksbetriebe der Gewerkschaft Helldorf fanden zwei Bergarbeiter, der 31-jährige Fritz Ködiger aus Salzungen und der 19-jährige Friedrich Wenzel aus Langensfeld, durch Einatmen giftiger Gase den Tod. Die beiden lebten nach dem Schließen zu frühzeitig an ihre noch mit Sprenggasen gefüllten Arbeitsstätten zurück.

Wedlinburg, 2. Aug. Durch Sturz aus dem Fenster ihrer im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung erlitt die Witwe Deesen derartige Verletzungen, daß sie wenige Stunden später starb.

Salzwedel, 1. Aug. Durch Blitzschlag wurde in Mellin die mit Heu und Korn gefüllte Scheune des Landwirts List eingekassiert. An Köbelig entzündete ein Blitz die mit 400 Stiege gefüllte Feldscheune des Landwirts Fritz Krüger, die vollständig niederbrannte.

Silpe (Kreis Gardelegen), 1. Aug. Am Sonntag nachmittag wurden hier durch ein Schussfeuer das Wohnhaus des Grundbesizers Schulz, das Anwesen des Dachstuhlmeisters und das Gehöft des Kossaten S. Müller vollständig vernichtet. Auch viel Vieh kam in den Flammen um. Leider ist auch der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen: Das neugeborene Söhnchen des Grundbesizers Schulz, in dessen Hause das Feuer entstanden war, wurde von einfallenden Dachbalken erschlagen. Die Hebamme Köhl, die das Kind hatte retten wollen, wurde durch herabfallende brennende Holzstücke erheblich verletzt.

Königssee, 1. August. Beim Umbau des Dr. Eigenbergischen Wohnhauses waren eine Anzahl junger Zimmerleute eines hiesigen Baugeschäfts tätig. Eines Tages, um die Mittagszeit, wurde allerlei Unfug getrieben und ein Zimmermann Hertwig scherzweise mit Wasser begossen. Agerlich darüber nahm dieser einen scharfen Hammer und traf den gar nicht beteiligten Zimmermann Fuchs aus Pennitz auf den Kopf. Die entstandene Wunde hat nunmehr den Tod verursacht.

Gentlin, 1. August. Eine größere Zahl von Landwirten beabsichtigt die in Konruss geratene Zuckerfabrik Kegin zu erwerben und genossenschaftlich zu betreiben. Es ist geplant, Anteile von 100 Mk. auszugeben mit je einem Morgen Rübenbauver-

pflichtung. Die Bezahlung der Anteile soll unter Vergütung der Zinsen von der Rübenlieferung in 4 Jahren mit je 25 Mk. erfolgen. 6000 Morgen sind für die Rentabilität der Fabrik notwendig. Einige Orte haben 300—500 Morgen gezeichnet.

Glauchau, 31. Juli. In dem Kampfe in den sächsisch-thüringischen Färbereien und Webereien wird der „Nat.-Zg.“ von hier geschrieben: „Durch Anschlag wurde heute früh in den Färbereien resp. Färbereien bekannt gemacht, die Ausprägung sei „bis auf weiteres“ erfolgt. Es feiern also nun hier und in Meerane etwa 13000 Arbeitnehmer, insgesamt circa 12 000 Färberei-Arbeitnehmer der sächsisch-thüringischen Weberei-Konvention, und nach erfolgter Kündigung in 14 Tagen werden die Webereien insgesamt mit einbezogen werden, während jetzt nur die Färbereien betroffen sind. Dann wird Sachsen wieder einen Riesenkampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern a la Krimmischau haben, an dem etwa 40 000 Arbeiter und etwa 34 000 Beschäftigte beteiligt sein werden. In den Färbereien der Vereinigung, der die kleineren Betriebe angehören, während die größeren den Sächsisch-Thüringischen Verband bilden, wird gearbeitet, da diese die Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt haben. Die Arbeitnehmer organisieren jetzt vor allen Dingen ihren Aufpufferdienst, in Glauchau wie in Meerane. Die Stadververwaltung gibt sich begreiflicher und billigerenweise redliche Mühe, die Wiederholung von Vorkommnissen, wie in Krimmischau, zu verhüten, und die einzelnen Vertreter des Staatsrats benutzen die Gelegenheit des Besprechens mit Führern der Arbeiter, um an deren Befonnenheit zu appellieren. . . . Inbesonnen teilen wir die Hoffnung der bürgerlichen Presse in Sachsen selbst, daß dieser nach der Zahl der Beteiligten den Krimmischauer weit überbietende Kampf früher zu Ende geführt wird als jener. Die Lage der beteiligten Industriezweige ist seit einigen Jahren schon so schwierig, daß eine längere Unterbrechung der Arbeit für beide Teile nur verhängnisvolle Folgen haben könnte. Werden doch jetzt schon manche Betriebe nur mit Mühe und selbst unter Verlusten aufrecht erhalten. Es wäre der Vorteil der Arbeiter selbst gewesen, wenn sie die besprechende Lage der Industrie in Rechnung gesetzt und schiedsrichtlich mit dem vorläufig Erreichbaren vorlieb genommen hätten.“

Roschwein, 2. Aug. In der Familie des Schneiders Emil John hier starben innerhalb zwei Tagen an Brechdurchfall vier blühende Kinder. Auch die Mutter der Kinder liegt an derselben Krankheit danieder. Die Familie hatte am Dienstag mittag Pilze, später Kürbissen und neue Kartoffeln gegessen, und die Kinder sowohl als auch die Frau haben Wasser dabei getrunken. Der Eheemann John hat kein Wasser getrunken und befindet sich wohl.

Kolalnachrichten.

Merseburg, den 3. August 1905.

G. Die Hundstage sind als die heißste Zeit im ganzen Jahre bekannt. Sie beginnen am 24. Juli, wo die Sonne in das Zeichen des Störers tritt und dauern bis zum 23. August. Ihren Namen haben sie davon, daß der im Sternbild des großen Hundes lebende und darum Hundstern genannte Sirius in dieser Zeit gleichzeitig mit der Sonne auf und untergeht. Die Abnahme der Wärme ist gegen ihr Ende öfters schon sehr merklich. Am 23. August tritt die Sonne in das Zeichen der Jungfrau und dann haben die Hundstage ihr Ende erreicht.

Militärübung und Kobnzahlung. Zur Übung eingezogene Mannschaften haben nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anspruch auf Weiterzahlung des Lohns, wenn der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht rechtzeitig kündigt. Der Arbeitgeber darf aber die von der Militärverwaltung gewährten Beiträge abziehen. Diese Instruktion erteilt laut Nationalzeitung die Militärbehörde den Eingezogenen. Für Reisende mit Hund. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat eine Verfügung erlassen, die für Reisende, die in Begleitung von Hunden die dafür vorgesehenen Wagenabteile benutzen, wichtig ist. Danach sollen alle Wagenabteile, welche für solche Fahrgäste reserviert sind, ein Plakat erhalten, auf dem gezeigt wird, daß Reisende, die ohne Hunde im fogen. Hunde-Goupe Platz genommen haben, dieses verlassen müssen, sobald jemand mit einem Hunde hinzukommt und ihren Platz in Anspruch nehmen will. Der Zweck dieser Maßnahme soll in erster Linie sein, daß Hundebesitzer nicht gezwungen werden, in andere als die reservierten Wagenabteile einzusteigen.

W. Hundstagschmerz. Eine Kiefernirma in Halle erbot sich, für 40 Pfennige einen „vollständigen Sommeranzug für Knaben“ zu liefern. Eine söhne-reiche Familie auf dem Lande beschloß, sich dieses

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Illustriertes Sonntagsblatt mit Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handelsbeilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger,
1,80 Mark durch die Post incl. Bestellgeld.

Nr. 180.

Donnerstag den 3. August.

1905.

Zur Lage in Oesterreich-Ungarn.

Ungarn soll ein neues Wahlrecht erhalten und zwar das gleiche allgemeine Wahlrecht. Das ist der neueste Schachzug, den das Ministerium Fejervary gegen die ungarische Opposition ausgeföhnt hat. Die Opposition soll müde gemacht werden und nach allem, was von unrichtiger Seite darüber verlautet, ist es leicht möglich, daß sich der Gedanke Fejervarys als ein fruchtbringender erweist und gute Folgen zeitigt.

Auffällig war, daß vor einigen Tagen der Minister des Innern, Krištofy, eine sozialdemokratische Deputation empfing und dieser gegenüber seine Sympathie für das allgemeine gleiche Wahlrecht unumwunden ausgesprochen. Das war ein deutlicher Wink für die vereinigten Oppositionsparteien, die zwar viel Wesens und Humor von den „nationalen“ ungarischen Forderungen machen, aber daneben nur in ihrem Programm ganz bescheiden eine Reform des bestehenden Wahlrechts verlangt hatten, ohne sich darüber auszusprechen, in welchem Sinne diese Reform erfolgen sollte. Jetzt wird die koalitierte Opposition überrascht durch eine halbamtliche Mitteilung, wonach die Regierung am 15. September nach Wiederauftritt des Parlaments einen Gesetzentwurf über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorlegen wird. In oppositionellen Kreisen ist darüber lebhafter Beunruhigung entstanden. Man sieht, so wird der „Köln. Zig.“ aus Budapest gemeldet, einerseits ein, das darin eine mächtige Waffe für die Regierung liegt, andererseits fürchtet man, daß das allgemeine Wahlrecht die Herrschaft der gegenwärtigen Opposition brechen würde. Die Leitung der Opposition hält am 11. August in dieser Angelegenheit eine Beratung ab.

Kein Wunder, daß die Opposition beunruhigt ist durch das Vorgehen der Regierung, das in ungarischen Volke wie eine Bombe einschlagen dürfte. Ueber dem traurigen Gesäht um „nationale Forderungen“, über dem Streit um die ungarische Kommandosprache und ähnlichen Krimelrams mehr hatte man ganz vergessen, wie miserabel es mit dem wichtigsten Recht des Volkes, mit dem Wahlrecht in Ungarn bestellt ist. Ungarn besitzt in ganz Europa das elendeste Wahlrecht, wo es unter 17 Millionen Einwohnern nur kaum 1 Million wahlberechtigte Bürger gibt. Zu all' den verwerflichen Bestimmungen über das Wahlrecht kommt dann noch eine ungeheuerliche Wahlkreisgeometrie hinzu, die darauf berechnet ist, möglichst rein magyarische Wahlkreise zu erzielen. Die Rechte der anderen Nationalitäten wurden brutal mit Füßen getreten. So geschah es, daß z. B. Deutsche und Rumänen in Ungarn, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung bilden, nur sehr schwach oder bis zu den letzten Januarwahlen, wo sich die Rumänen einmal zu energischer Wahlthätigkeit aufraffen, gar nicht im Parlament vertreten waren.

Eben auf dieser spezifisch magyarischen Wahlkreiseinteilung beruhen aber auch die Erfolge der vereinigten Oppositionsparteien, deren Hauptthätigkeit bei den letzten Wahlen, die ihnen die Mehrheit brachten, ja darin bestand, den ungarischen Chauvinismus bis zur Siebeshöhe gegen Wien aufstochen zu lassen.

Auf das Verhalten der Oppositionspartei gegenüber dem Wahlreformprojekt der Regierung kann man mit Recht gespannt sein. Entweder muß sie es dem „unparlamentarischen“ Kabinett Fejervary gleich thun und auch ihrerseits das allgemeine Stimmrecht verbürgen, und dann hat sie ihre Rolle ausgespielt, denn ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zusammengefügtes Parlament wird von ganz andern Fragen beherzigt werden, über sie wird an ihrem bisherigen vorläufigen Standpunkt festhalten, und dann wird im Volke ihre Beliebtheit eine starke Einbuße erleiden. Man betrachtet das Parlament jetzt als den „Ausschuß eines Kassinos mit einer Million Mitglieder“ und wirft ihm mit Recht vor, daß es seine Kräfte in juristischen und staatsrechtlichen Spielereien erschöpft, während für die Interessen des Volkes höchstens Neben gehalten, aber keine Taten verrichtet werden. Eine

Beseitigung dieses Zustandes erwartet das Volk nur von einer gründlichen Reform des Wahlrechts und es befindet sich dabei ohne Zweifel auf dem richtigen Standpunkt.

Russland und Japan.

Vom Kriegsschauplatz telegraphiert General Vinewitsch unter dem 31. Juli: In der Front der beiden Armeen ist keine Veränderung eingetreten. Aus Korea wird unter dem 25. Juli berichtet, daß russische Jägerabteilungen gegen den Genpaß von Wujalong vorrückten, sich aber dann bis Kogungsan zurückzogen, wobei sie vom Feinde bedrängt wurden. Die Japaner, welche die russischen Jäger verfolgten, wurden durch Artilleriefeuer zurückgetrieben.

Ueber Deutschlands Haltung während des Krieges zwischen Rußland und Japan hat sich das Mitglied der japanischen Friedenskommission, Sato, geäußert und dabei betont, daß Deutschland feis fortreife Neutralität beobachtet habe.

Zu den Friedensverhandlungen. Der Sprecher der japanischen Friedensmission, Sato, bezweifelt nach einem Telegramm des „Tag“ die Genauigkeit der Wiedergabe des Gesprächs mit Witte, da seiner Ansicht nach der russische Minister ebenso wie der japanische Delegierte, Baron Komura, nicht als Kurierer, sondern als Unterhändler mit weitgehender Vollmacht innerhals bestimmter Grenzen kämen und über bedeutsame Fragen am Konferenzisch entscheiden könnten, ohne den Rat ihrer Regierungen einzuholen. Auf Wittes angeblichen Wunsch, es wäre besser, wenn Japan und Rußland vor Entsendung der Delegierten schon die Basis eines Uebereinkommens festgelegt hätten, antwortete er, daß Rußland sich darum nicht bemüht habe.

Verteidiger von Port Arthur beim Jaren. 32 verwundete, ehemalige Verteidiger von Port Arthur, darunter der Maroffe, der dem Großfürsten Nyrill das Leben gerettet hatte, sind in Peterhof vom Jaren empfangen und eigenhändig von ihm mit dem Georgienkreuz dekoriert worden.

Politische Uebersicht.

Ihre Teilnahme an der Maroffokonferenz haben nunmehr auch die Regierungen von Lissabon und Washington dem Sultan von Maroffe offiziell angekündigt. Somit haben sämtliche Mächte, die in Maroffe diplomatisch vertreten sind, mit alleiniger Ausnahme von Schweden und Norwegen, die Einladung angenommen. — Privatgesandten aus St. Sebastian melden, der deutsche Vorkonsul in Madrid, v. Radowicz, hätte mit dem spanischen Ministerpräsidenten Montero Rios wiederholte Besprechungen über Maroffe gehabt und als Ort der Konferenz Madrid vorgeschlagen. Da Deutschland bisher feis Tanger befürwortet, so habe der Vorschlag Ueberraschung hervorgerufen. Von französischer Seite wird insbesondere Haag oder Genf empfohlen. — Von Paris aus werden überhaupt die Bemühungen fortgesetzt, die Schuld an der Verzögerung, die die Ueberreichung des von der französischen Regierung in Aussicht gestellten Memorandums erfährt, auf Deutschland zurückzuwälzen. Das Memorandum selbst steht auch heute noch aus.

Gegenüber den Verdächtigungen Deutschlands seitens Pariser Blätter schreibt die „National-Zig.“, anscheinend offiziös inspiriert: „Die Ausstellungen, wonach der deutsche Vorkonsul in Madrid, entgegen den Wünschen Frankreichs, die spanische Hauptstadt als Ort der maroffanischen Konferenz vorgeschlagen haben soll oder überhaupt die spanische Regierung zu einer Haltung zu bestimmen suchte, die mit der deutsch-französischen Verständigung nicht im Einklang stehe, sind durchaus grundlos und widersprechen ebenso den tatsächlichen Verhältnissen, wie die anderen in den letzten Tagen in ausländischen Blättern gegen das Verhalten der deutschen Diplomate erhobenen

Vorwürfe. Es ist schwer zu verstehen, weshalb in einer Frage, in der beide Regierungen: die deutsche und die französische befreit sind, alle Meinungsverschiedenheiten durch ein freundschaftliches Einvernehmen auszugleichen, gerade Pariser Blätter, insbesondere solche, denen Beziehungen zur französischen Regierung zugeschrieben werden, immer wieder mit falschen Behauptungen über angebliche Schritte der deutschen Regierung auftreten. Was die vielerörterten wirtschaftlichen Konzessionen in Maroffo betrifft, so hat nur die hinsichtlich genieser Hafenbauten im Hafen von Tanger eine tatsächliche Grundfrage. Diese Angelegenheit wurde indessen bereits vor dem deutsch-französischen Abkommen in freier Konkurrenz von mehreren Staaten betrieben. Niemals figurirte diese Angelegenheit unter den Forderungen der deutschen Politik, wie sie denn auch eines jeden politischen Charakters entbehrt. Seit der deutsch-französischen Verständigung hat man sich deutscherseits, um die Empfindlichkeiten Frankreichs zu schonen, von dem Betreiben anderer wirtschaftlicher Zugeständnisse in Maroffo absichtlich ferngehalten. — Als Gericht teilt der „Temps“ auch mit, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Roosevelt, zwischen Frankreich und Deutschland interveniert habe, um eine akute Krisis zu beschwören. Diese Meldung ist schon deshalb falsch, weil es in den besüglichten Verhandlungen überhaupt keine Krisis gegeben hat, geschweige denn eine akute.

Oesterreich-Ungarn. Die Nachricht vom Zwischenfall an der österreichisch-italienischen Grenze, wo mandrierende Tiroler Kaiserjäger von italienischen Alpenjägern mit Muffen „Abasso Austria!“ empfangen und Feindseligkeiten nur durch Eingreifen der Offiziere verhindert worden sein sollen, ist nach einem Telegramm des „Berl. Tagebl.“, falsch. Der nach Meran zurückgekehrte Kommandant dieser Kaiserjägertruppe erklärt, überhaupt keine italienischen Alpenjäger gesehen und keinerlei feindselige Demonstrationen oder Ruße bemerkt zu haben.

Julien. In der italienischen Kammer kam es am Freitag am Schluß der Sitzung zu einer heftigen Szene. Der konservativ-heraldische Abgeordnete Santini beantragte, Sonnabend, am Todestage Humberts I., einen Kranz an der Gruf niederzulegen, als Ehrfurchsbezeugung „der ganzen Kammer“; bei diesen Worten fiel ihm Genosse Mazzarini in die Rede, der seinen Kameraden



glischen
ste, wie die
in London
den. Sie
tliches an
Bedeutung,
schweizer
reguläre
bemerktens-
wert ist, so wird der „Vol. Zig.“ aus Christiania
gedruckt, die Art, wie die norwegische Regierung
ihren, dem Störthing vorgelegten Vorschlag, eine